



Gesellschaft

# Treibt Trump Inflation und Staatsschulden nach oben?

13.11.2024 - Gunther Schnabl

**Steigende Preise sorgten bei den US-Wahlen für Rückenwind für Trump. Lassen Handelskriege und Zölle die Inflation nun wieder steigen?**

Die Wahl in den USA ist entschieden. Vielen Umfragen zum Trotz hat Donald Trump klar das Rennen gemacht. Den Senat haben die Republikaner im Sturm genommen. Wenn ihnen auch das Repräsentantenhaus zufällt, können sie durchregieren. [Wahlentscheidend dürfte das Thema Inflation gewesen sein](#). Den schmerzlichen Kaufkraftverlusten unter der Regierung Biden hat Kamala Harris nicht ausreichend Beachtung geschenkt.

Doch wie geht es weiter? Vielfach wird kommentiert, dass Donald Trump die Staatsverschuldung und damit die Inflation nach oben treiben wird. Doch stimmt das?

In seinem ersten Wahlkampf im Jahr 2016 war Donald Trump gegen eine lockere Geldpolitik. Fed-Präsidentin Janet Yellen halte die Zinsen künstlich niedrig, damit Präsident Barack Obama Golf spielen gehen und behaupten könne, dass er einen guten Job gemacht habe, hieß es. Die steil steigenden Aktienpreise führte Trump auf billiges Geld zurück.

Als die Fed in Trumps Amtszeit den Leitzins auf 2,5 Prozent erhöhte, reagierte er gereizt. Er sei nicht



begeistert, die Fed sei außer Rand und Band, die Zinserhöhungen seien „lächerlich“. Als sich 2019 die Konjunktur abkühlte und die Fed die Zinsen noch nicht senkte, fragte sich Trump, ob Fed-Präsident Jerome Powell oder der chinesische Präsident Xi der größere Feind sei?

Als die Fed in der Coronakrise endlich die Zinsen radikal nach unten zog und großzügig Staatsanleihen kaufte, gratulierte der Präsident. Dank der Fed konnte Trump an die amerikanischen Haushalte Schecks verschicken, die öffentlichkeitswirksam seine Unterschrift trugen.

## Populismus bei den Preisen

Als 2021 die Inflation dann doch stark stieg, konnte Trump das seinem Nachfolger Joe Biden in die Schuhe schieben. Er sah die Ursachen beim Green New Deal und der Inflationsblindheit der Demokraten, welche die Schuld lieber Covid und Putin zuschieben wollten. Im September 2022 forderte Trump bei einer Inflationsrate von mehr als acht Prozent [auf Truth Social](#) starke Zinserhöhungen der Fed.

Im Wahlkampf 2024 sahen die US-amerikanischen Wähler Inflation und Preise als das wichtigste Thema an. Die durchschnittliche Inflation pro Jahr hatte unter Trump bei 1,9 Prozent, unter Biden hingegen bei rund 5 Prozent gelegen. Bei einer Pressekonferenz im August 2024 war Trump mit Würsten, Keksen, Brot und Frühstücksflocken umrahmt und beklagte lautstark die stark gestiegenen Lebensmittelpreise, unter anderem mit dem Spruch „bacon is through the roof“ (*freie Übersetzung: Der Preis für Speck geht durch die Decke*).

Der Auftritt Trumps auf der Bitcoin-Konferenz in Nashville im Juli 2024 kann als ein Plädoyer für die Preisstabilität gesehen werden. Denn die Menge der Bitcoins ist auf 21 Millionen streng begrenzt. Trump betonte das große wirtschaftliche Potenzial von Bitcoin, versprach eine kryptofreundliche Regulierung und ein Ende der Pläne einer digitalen Zentralbankwährung.

Die zukünftige Inflation dürfte jedoch von der Finanzpolitik abhängen. Je höher die ungedeckten staatlichen Ausgabenverpflichtungen, desto höher ist der Druck auf die Zentralbank, Staatsanleihen zu kaufen. Trump hat einmal verlauten lassen, dass er aufgrund seiner Kompetenz bei der Geldpolitik ein Wörtchen mitreden könnte. Das hat den Verdacht geweckt, er wolle die Zentralbankunabhängigkeit einschränken.

## Teure Wahlversprechen, aber auch Kürzungspläne

Die Republikaner wollen die Steuern stark senken, die Armee modernisieren, die Grenzen stärker gegen Migration schützen sowie günstige Kredite für Erstkäufer von Immobilien gewähren. Das „Committee for a Responsible Federal Budget“ hat daraus eine zusätzliche Finanzierungslücke von 7,7 Billionen Dollar abgeleitet.

Allerdings finden sich auch Ausgabenkürzungspläne im Parteiprogramm. Umfassende Deregulierung, weniger Einwanderung und ein Ende des Ukrainekriegs sollen die Ausgaben senken. Der Milliardär soll in einem „Department of Government Efficiency“ alle Ausgaben der Regierung in Washington auf den



Prüfstand stellen – und „streichen, was das Zeug hält“.

Die Signale, die Donald Trump hinsichtlich der zukünftigen Inflation ausgesendet hat, sind also widersprüchlich. Die zu erwartende Mehrheit der Republikaner in Senat und Repräsentantenhaus könnte zu deutlich mehr Staatsverschuldung führen. Mehr Inflationsdruck dürfte auch steigende Immobilienpreise bewirken, wovon der Immobilienunternehmer Trump profitieren würde.

Trump und sein designierter Vizepräsident J.D. Vance haben jedoch die hohen Kaufkraftverluste in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt. Wenn sie ihre Wähler nicht vergraulen wollen, brauchen sie Erfolge bei der Anti-Inflationspolitik.

Ausgabenkürzungen und eine auf niedrige Energiepreise ausgerichtete Energiepolitik („Drill Baby Drill“) können die Inflation dämpfen. Das auf Steuersenkungen ausgerichtete Wahlprogramm dürfte größere Wachstumseffekte haben als die geplanten Steuererhöhungen von Kamala Harris.

## Auf dem Weg zu Strukturreformen?

Schließlich könnte der Druck zu Ausgabenkürzungen steigen, etwa wenn das Ausland in Zukunft weniger US-Staatsanleihen halten will. Um das zu verhindern, müsste die Fed die Zinsen hochhalten und die Regierung entschlossen die Ausgaben kürzen.

Der poltrige Donald Trump könnte für Strukturreformen besser geeignet sein als die konsensorientierte Kamala Harris. Es muss sich aber erst noch zeigen, [in welche Richtung sich die USA unter Donald Trump bewegen werden](#).

(Titelfoto: [Natilyn Photography](#) / [Unsplash](#))

*Der Text von Professor Dr. Gunther Schnabl, Leitender Direktor des Flossbach von Storch Research Institute, [ist als Gastbeitrag in der Zeitung „Die Welt“ erschienen](#).*



### Über die verfassende Person **Gunther Schnabl**

Gunther Schnabl ist Direktor des Flossbach von Storch Research Institute. Zuvor hat er u.a. an den Universitäten Leipzig, Paris, Stanford, Tokyo und Tübingen sowie an der EZB, der Deutschen Bundesbank, der Bank von Japan und der FED geforscht.

#### **RECHTLICHER HINWEIS**

##### **Diese Veröffentlichung dient unter anderem als Werbemitteilung.**

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen von Flossbach von Storch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Zukunftserwartung von Flossbach von Storch wider, können aber erheblich von den tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnissen abweichen. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann keine Gewähr übernommen werden. Der Wert jedes Investments kann sinken oder steigen und Sie erhalten möglicherweise nicht den investierten Geldbetrag zurück.

Mit dieser Veröffentlichung wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet. Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Sie ersetzen unter anderem keine individuelle Anlageberatung.

Diese Veröffentlichung unterliegt urheber-, marken- und gewerblichen Schutzrechten. Eine Vervielfältigung, Verbreitung, Bereithaltung zum Abruf oder Online-Zugänglichmachung (Übernahme in andere Webseite) der Veröffentlichung ganz oder teilweise, in veränderter oder unveränderter Form ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung von Flossbach von Storch zulässig.

##### **Angaben zu historischen Wertentwicklungen sind kein Indikator für zukünftige Wertentwicklungen.**

© 2024 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.